

## **Altbau in den neuen Ländern stärker fördern**

Magdeburg – Die Förderung eines Ökonomie- und Struktur- Checks für private Eigentümer in den neuen Bundesländern haben die privaten Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer gefordert. Damit werden Grundlagen geschaffen, um die Privaten in die Lösung des Leerstandsproblems und den Umbau der Städte einzubeziehen. Daneben muss die Umgestaltung durch verbesserte Steuerförderung und Erhöhung der Investitionszulage vorangetrieben werden. Außerdem soll die Eigentumsförderung sowohl für Eigenheime als auch für die Privatisierung und Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen ungekürzt erhalten bleiben, heißt es in der Magdeburger Erklärung der Fünf ostdeutschen Landesverbände und des Zentralverbandes Haus & Grund Deutschland, die bei einer Arbeitstagung in der Landeshauptstadt verabschiedet wurde.

“In der Vergangenheit hat die Förderpolitik von Bund und Ländern industriell gefertigte Wohnkomplexe gefördert, obwohl der Sanierungsbedarf im Altbaubereich wesentlich höher war”, sagte Haus & Grund Präsident Dr. Friedrich-Adolf Jahn. Städtebaulich seien so Randsiedlungen aufgewertet und der innerstädtische Wohnungsbau vernachlässigt worden. Nun gelte es, diese Förderpraxis umzukehren.

Der Ökonomie- und Struktur- Check helfe dem privaten Eigentümer ihre Immobilie zukunftsfähig zu machen und die notwendigen Anpassungen und Umbauten vorzunehmen. Damit werde auch der Bedarf für konkrete Förderprogramme für die Innenstädte ermittelt, so Dr. Neumann, Landespräsident Haus & Grund.

Jahn, und Neumann machten ebenso deutlich, dass angesichts der Leerstandsproblematik eine Reduzierung der Eigentumsförderung in den neuen Bundesländern nicht akzeptabel sei. Eine Rücknahme der Förderung des Neubaus selbstgenutzter Immobilien würde zu einer weiteren Verschlechterung beim privaten Immobilieneigentum führen. Die Eigentumsquote in den neuen Bundesländern liege mit nicht einmal 30 % weiterhin erheblich hinter den alten Bundesländern.

Eine staatliche Abrissförderung würde nach Ansicht von Haus & Grund auf eine einseitige Subventionierung der großen Wohnungsgesellschaften hinauslaufen und auf Kosten der privaten Eigentümer gehen, die eine solch “Subvention der Abrissbirne” mitfinanzieren müssten, aber von einer “Rosinenpickerei im Wohnungsbestand” nichts hätten.

Haus & Grund vertritt vor allem die Interessen der mittelständischen Wohnungswirtschaft und der privaten Einzeleigentümer und zählt in den neuen Bundesländern insgesamt 45.000 Mitglieder.